

Der Vorsitzende begrüßt die Herren Hartmann und Bujko vom Ingenieurbüro Hartmann – Bujko, Bonn. Nachdem der Vorsitzende Herrn Hartmann das Wort erteilt hat, stellt dieser mit Hilfe einer Präsentation die Vorplanungen für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen in der Gymnasiumstraße in Rheinbach und in Oberdrees Ort (B 266) vor. Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Auf Nachfrage des sachkundigen Bürgers Dr. Wilmers erklärt Herr Hartmann, dass der Fußgängerverkehr auf den verbleibenden Gehwegflächen im Bereich der Bushaltestelle Gymnasiumstraße gewährleistet ist.

Ratsherr Brozio befürchtet, dass es bei einer starken Frequentierung der Haltestelle vor dem Wartehaus (aufgrund des Schülerverkehrs und der Passanten) zu Platzmangel kommen wird. Er schlägt deshalb vor, den Unterstand weiter nach hinten zu versetzen und auf die Seitenwände des Unterstandes zu verzichten.

Zu den Spitzenzeiten des Schülerverkehrs sind nach Aussage von Herrn Hartman Platzprobleme unvermeidlich. Über die bereits in der Planung berücksichtigte Straßenverschwenkung hinaus kann jedoch der begrenzte Gesamtstraßenraum wegen der einmündenden Nebenstraße und vorhandenen Hauseingängen bzw. Zufahrten nur schwerlich zu Gunsten einer Aufstellfläche aufgeweitet werden.

Für die CDU-Fraktion äußert Ratsherr Brozio erhebliche Bedenken und Anmerkungen zu den Umbauvorschlägen der Bushaltestellen in Oberdrees. Keine der in der Verwaltungsvorlage aufgeführten Auswahlkriterien treffen seiner Meinung nach auf die Haltestellen zu. Der Umbau der Bushaltebucht in Richtung Euskirchen in eine Kaphaltestelle stellt nach Ansicht der CDU-Fraktion aufgrund der Nähe zur stark frequentierten Kreuzung Bundesstraße/Mielerstraße und der fehlenden Fußgängerquerung in dem Bereich ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Bei einer Kaphaltestelle im Bereich der Einmündung Schulstraße und dem in der Mitte der Bundesstraße bestehenden Pflanzbeet wird es zu Rückstausituationen kommen. Ebenfalls befürchtet Ratsherr Brozio durch den auf der Fahrbahn haltenden Busverkehr einen Rückstau des fließenden Verkehrs auf der Bundesstraße und der Mieler Straße sowie Auffahrunfälle. Ferner stehen die Umbaumaßnahmen in keinem Kosten-Nutzenverhältnis.

Herr Hartmann erklärt auf Nachfrage von Ratsherrn Brozio, dass aus Kostengründen bei der Planung auf eine Begradigung der Radwegführung verzichtet worden ist.

Sachkundiger Bürger Schockemöhle schließt sich den Sicherheitsbedenken an. Ein bereits bestehender kritischer Verkehrspunkt wird nach seiner Meinung durch die Maßnahme erheblich verschärft. Er bittet, die Umbauplanung noch einmal zu überdenken.

Das bestehende Verkehrsaufkommen in Oberdrees erfordert nach Aussage von Herrn Hartmann nicht zwingend eine Bushaltebucht. Er hält eine Kaplösung im innerörtlichen Bereich für umsetzbar und gibt zu bedenken, dass die Busfrequenz sehr gering ist und der auf der Fahrbahn haltende Busverkehr zur Verkehrsberuhigung beiträgt. Bei barrierefreien Bushaltebuchten kommt es häufig beim Einfahren der Busse zu Schäden am Fahrzeug oder an den Hochborden. Die Alternativlösung einer verlängerten Haltebucht ist aufgrund der Örtlichkeit nicht möglich.

Die vorhandenen Bushaltebuchten haben sich nach Ansicht des Ratsherrn Wessel bewährt. Er beantragt eine zeitliche Verschiebung des Umbaus der Haltestellen in Oberdrees bis zur Vorlage einer Entscheidung über den zur Schulwegsicherung vorliegenden Antrag auf Errichtung einer Querungshilfe über die B 266. Anstelle der Haltestellen in Oberdrees regt er an, eine Haltestelle im innerstädtischen Bereich barrierefrei auszubauen.

Für Ratsherrn Kerstholt stellt die Kapplösung ebenfalls eine Unfallgefahr dar. Er schließt sich deshalb dem Antrag seines Vorredners an. Auf seine Nachfrage erklärt Herr Hartmann, dass der hohe Bordstein ein Förderkriterium bei dem barrierefreien Umbau der Bushaltestellen darstellt. Durch die hohen Bordsteinkanten werden die Ein- und Ausfahrten zu Privatgrundstücken nicht eingeschränkt.

Ratsfrau Krupp verweist auf die positiven Erfahrungen mit der barrierefreien Bushaltestelle an der Hauptdurchgangsstraße in Wormersdorf hin. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder, sich Veränderungen gegenüber nicht zu verschließen.

Ratsherr Euskirchen schließt sich den Bedenken seiner Vorredner an. Er unterstützt für seine Fraktion den Antrag des Ratsherrn Wessel, den Umbau der Haltestellen in Oberdrees zurückzustellen und alternativ eine Bushaltestelle in der Innenstadt auszubauen.

Auf Nachfrage des sachkundigen Bürgers Höfel erklärt Fachgebietsleiter Broich, dass die zur Beschlussfassung vorliegenden Umbaumaßnahmen mit dem Fachbereich 32, dem Landesbetrieb Straßenbau und der Polizei abgestimmt sind und deren Einverständnis vorliegt.

Aufgrund der geringen Fahrbahnbreite der Gymnasiumstraße befürchtet sachkundiger Bürger Höfel eine Beeinträchtigung des Gegenverkehrs und dem zur Folge einen Rückstau in die Straße „Vor den Voigstor“. Ferner regt er aus den bereits in der Diskussion geschilderten Problemen an, den Umbau der Haltestelle in Oberdrees bis zur Fertigstellung der Anschlussstelle und Ortsumgehung Miel zurückzustellen. Er geht von einer deutlichen Reduzierung des Verkehrs und damit einer Gefahrenminimierung in Oberdrees nach Realisierung der vorgenannten Maßnahmen aus. Für die CDU-Fraktion beantragt er, eine Ortsbesichtigung durchzuführen und erst danach den Beschluss über den Umbau der Haltestellen in Oberdrees zu fassen.

Nach den Ausführungen von Fachgebietsleiter Broich ist die Errichtung von Buswartehäusern wünschenswert, jedoch für die Förderung nicht zwingend erforderlich. Dagegen sind bei einem barrierefreien Ausbau Bushaldebuchten in der bekannten Form grundsätzlich nicht förderfähig. Fachgebietsleiter Broich legt ferner unter Hinweis auf die Beschlussfassung in der Ausschusssitzung vom 10.02.2015 die Gründe für den favorisierten Umbau der Bushaltestellen in Oberdrees dar. Dabei hebt er besonders hervor, dass auf den Umbau von Haltestellen, die im Geltungsbereich des in der Aufstellung befindlichen Handlungskonzeptes „Masterplan Innenstadt“ liegen, derzeit verzichtet werden soll.

Zur Entschärfung der problematischen Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Bundesstraße/Mieler Straße regt Ratsfrau Mäsgen an, den Umbau der Bushaltestellen in Oberdrees und die Errichtung einer Querungshilfe im vorgenannten Kreuzungsbereich als Gesamtkonzept zu betrachten und die Umbaumaßnahme entsprechend dem Antrag von Ratsherrn Wessel zurückzustellen.

Sachkundiger Bürger Dr. Wilmers und Ratsherr Euskirchen schlagen vor, die Haltestellen „Rheinbacher Schulzentrum“, die nicht im Geltungsbereich des Masterplans Innenstadt liegen, als Ersatzmaßnahme für die Haltestellen in Oberdrees umzubauen. Fachgebietsleiter Broich gibt zu bedenken, dass es sich hierbei um eine umfangreiche und kostenintensive Baumaßnahme handelt.

Ratsherr Wehage vermisst die Überlegung, Alternativstandorte für die Verlegung der Bushaltestellen zu suchen. Er begrüßt deshalb den Vorschlag des sachkundigen Bürgers Höfel, eine Ortsbesichtigung durchzuführen.

Trotz der vorhandenen Probleme sind von den Planern bisher die Haltestellenstandorte am westlichen und östlichen Ortseingang von Oberdrees als richtig und sinnvoll beurteilt worden. Die Prüfung eines Alternativstandortes kann aber nach Aussage von Herrn Hartmann in die Planung mit eingebunden werden.

Für den Fall, das Fördermittel zur Verfügung gestellt werden und diese sinnvoll eingesetzt werden können, empfiehlt Fachgebietsleiter Broich dem Ausschuss, sich in der heutigen Sitzung zumindest für den Umbau eines Haltestellenpaares zu entscheiden.

Es besteht Einvernehmen zu dem Vorschlag von Ratsfrau Krupp, den Umbau der Haltestellen in der Gymnasiumstraße in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Vorsitzender Pütz fasst das Beratungsergebnis zusammen und modifiziert den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt:

„Der barrierefreie Ausbau der Bushaltestelle Gymnasiumstraße in beide Fahrtrichtungen wird nach Vorlage des Bewilligungsbescheides ausgeführt.

Die Entscheidung über den barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle Oberdrees wird zurückgestellt und die Verwaltung mit der Prüfung eines Alternativstandortes beauftragt. Nach Durchführung einer Ortsbesichtigung wird die Thematik dem Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr in seiner nächsten Sitzung erneut zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.“

Abschließend stellt der Vorsitzende den von ihm modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung: